

JÜDISCHE STIMME

FÜR DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT IN ISRAEL/PALÄSTINA

Newsletter Nr. 97

Maulwürfe gegen Israels Demokratie

Druck von Aussen



In Israel wird Kritik von aussen an der israelischen Politik von der Mehrheit nicht goutiert - während israelische Menschenrechts- und Friedensorganisationen immer wieder betonen, wie sehr sie für ihre Anliegen und ihren Kampf auf die Unterstützung und Solidarisierung von ausserhalb Israels angewiesen sind.

Amos Schocken, Verleger der Tageszeitung Ha'aretz, hat in einem Artikel mit dem programmatischen Titel "Only international Pressure will End Israeli Apartheid" auf die Notwendigkeit der Einmischung von aussen hingewiesen. Uri Avnery nennt Ha'aretz "eine der letzten Bastionen der israelischen Demokratie" und meint in seiner neusten Kolumne zu Schocken, dass die Vorstellung zwar tröstlich sei, dass die Rettung von aussen kommen könne, doch brauchten vor allem diejenigen, die innen kämpfen, alle Hilfe: "Alle moralisch denkenden Menschen in allen Ländern der Welt sollten es als ihre Pflicht ansehen, den Gruppen und Personen innerhalb Israels zu helfen, die weiter für Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit kämpfen."

Tatsächlich scheint sich in letzter Zeit auch hierzulande etwas zu bewegen. Pierre Loeb, Präsident des New Israel Fund NIF in der Schweiz, stellt in einem "Standpunkt" in Tachles die Frage, wann der Zeitpunkt erreicht ist, dass auch seitens des jüdischen Establishments die Besatzungspolitik der israelischen Regierung öffentlich kritisiert werden darf. Der NIF bemühe sich, diese Kritik differenziert innerhalb der jüdischen Gemeinden und

in der nichtjüdischen Öffentlichkeit zu äussern. Der Standpunkt hat in Tachles zu ablehnenden Reaktionen geführt, interessanter finden wir den [Leserbrief](#) von Samuel Rom, der sich auf Pierre Loeb und die zunehmend kritischen Auseinandersetzungen in Tachles mit der israelischen Politik bezieht.

Auch wir als "Jüdische Stimme" haben uns mit LeserInnenbriefen zur Frage der Unterstützung von aussen geäussert, so in [Tachles](#), [NZZ](#), [BaZ](#) und [Bund](#).

Transparenz-Gesetz



Ende Dezember hat die israelische Regierung ein "Transparenz-Gesetz" gut geheissen, welches die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen erheblich einschränken würde und klar gegen regierungskritische Organisationen gerichtet ist. Das Gesetz verlangt von Organisationen, die Mittel von ausländischen Staaten erhalten, dass sie ihre Finanzierung auf allen Publikationen deklarieren und sie nennen, wenn sie mit Abgeordneten oder Staatsangestellten in Kontakt treten. Verstösse würden mit hohen Geldbussen geahndet ([s. der Spiegel](#)).

Rechte Organisationen, insbesondere die Siedlerbewegung, ist davon nicht betroffen, da sie von privaten Geldgebern gesponsert werden. Auch nicht Ministerpräsident Binjamin Netanjahu, der das Gesetz gut heisst und der als Person wie auch seine Likud-Partei vom US-amerikanischen Milliardär Sheldon Adelson massiv unterstützt wird, unter anderem durch die Finanzierung der Gratis-Tageszeitung Israel HaYom (Israel Heute; Foto). Das "Transparenz-Gesetz" ist noch nicht im Parlament (Knesset) diskutiert worden. Die Erste Lesung war für diese Woche vorgesehen, wurde aber wegen anderer Traktanden verschoben. Das Gesetz kann gemäss [Haaretz](#) mit einer soliden Mehrheit verabschiedet werden.

Die UNO hat Ende Jahr eine [Resolution](#) zum Schutz von Menschenrechtsorganisationen (resp. von

MenschenrechtsverteidigerInnen und ihren Angehörigen) verabschiedet, welche in diesem Zusammenhang interessant ist.

Hetzkampagnen von "Im Tirtzu" und "Ad Kan"



Eine eigentliche Hexenjagd gegen regierungskritische Organisationen und Einzelpersonen wird in den letzten Monaten von den rechtsextremen Organisationen "Ad Kan" und "Im Tirtzu" inszeniert. Eingeschleuste Maulwürfe versuchen, die Organisationen zu diskreditieren. Schlimm getroffen wurden bisher ["Breaking the Silence"](#) (gegen die speziell nach der letztjährigen Ausstellung in der Zürcher Helferei ein Kesselreiben losgetreten wurde) und "Ta'ayush". An die amerikanischen Hexenjagden zur Zeit von McCarthy erinnert dieser [Propagandafilm](#) von "Im Tirtzu". Eine [Hetzkampagne](#) von "Im Tirtzu" richtet sich auch gegen Kulturschaffende wie Amos Oz und David Grossmann.

Einem Maulwurf auf den Leim ging Ezra Nawi von "Ta'ayush". Nawi setzt sich seit Jahren im Südhebrongebirge gegen die Vertreibung beduinischer Familien und die Zerstörung ihrer Siedlungen ein. Wegen einer unbedachten Äusserung gegenüber einem Maulwurf, der als Aktivist getarnt Nawis Vertrauen erobert hatte (s. dazu [David Shulman](#)) wurde er am Flughafen verhaftet, obwohl gegen ihn keine Ausreisesperre vorlag. Auch ein anderer Aktivist, Guy Butavia wurde im selben Zusammenhang mit verhaftet und gegen sie beide wurden absurde Anschuldigungen erhoben. Mit [Kundgebungen](#) haben "Ta'ayush" AktivistInnen und FreundInnen gegen die Verhaftungen demonstriert (Foto).

Nach drei Wochen Haft unter schwierigen Bedingungen und anschliessendem Hausarrest sind sie jetzt wieder auf freiem Fuss. Das Jerusalemer Bezirksgericht hat ihnen den Zugang zur Westbank für die kommenden zwei Wochen verboten ([Ha'aretz](#)) - die Polizei hatte drei Monate verlangt. Die Jüdische Stimme hat mit einem [Brief](#) an den israelischen Botschafter in der Schweiz gegen die

Verhaftung protestiert.

Zurück in die Schweiz: Durchsetzungsinitiative



Mit einer Kundgebung beim Zürcher Paradeplatz hat die "Jüdische Stimme" am 1.2.16 mit insgesamt gegen 100 Beteiligten ein Zeichen des Widerstands gegen die sogenannte "Durchsetzungsinitiative" gesetzt. Mit [Transparent](#) und [Flyer](#) erklärten wir unsere Haltung zum SVP-Angriff auf den Rechtsstaat und die Europäische Menschenrechtskonvention. Zudem erklärten wir im Radiointerview mit [Radio One](#) und in TV-Berichten von [Telezüri](#) und [Tele Top](#) unsere Anliegen der breiteren Öffentlichkeit. Auch [tachles](#) berichtet über die Mahnwache.

Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen. Deshalb:

Macht mit beim grössten [Abstimmungsumzug](#) der Schweiz!

Samstag, 6. Februar 2016, 13.30 Uhr Helvetiaplatz, gemeinsamer Lauf durch Zürich, am Ende werfen alle ihre Abstimmungscouverts bei der Post am Helvetiaplatz ein.

Ausserdem

[Unterschriftenkampagne](#) von Amnesty International Deutschland, die die Freilassung von Mohammad Faisal Abu Sakha von der Palästinensischen Zirkusschule und die aller anderen Administrativhäftlinge fordert.

In eigener Sache: Spendenaufruf

Das Konto der jvjp ist fast leer. Wir sind dankbar für jede Spende: IBAN CH85 0070 0111 2011 0507 3.
HERZLICHEN DANK!

Redaktionsteam: Shelley Berlowitz, Sibylle Elam, Samuel Wiener-Barraud
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der «Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina» jvjp überein. Sie enthalten aber in jedem Fall Ansichten, die wir bedenkenswert finden. Die Newsletter der jvjp dürfen weiter versendet und verlinkt werden unter der Bedingung, dass sie nicht verändert werden und die jvjp als Herausgeberin genannt wird.

www.jvjp.ch
info@jvjp.ch

IBAN CH8500700111201105073

Zur Abmeldung vom Newsletter klicken Sie [hier](#).